

Material, mit jeder Minute, mit jedem Pfennig gespart wird. Es gilt, brüderlich mit den Ingenieuren und Technikern für die Erfüllung des Betriebsplans zu wirken, die Technik meistern zu lernen, mehr Massenbedarfsgüter, bessere Waren und alle Erzeugnisse für die Versorgung der Bevölkerung in größerer Auswahl zu produzieren, um damit ein besseres Leben für alle zu erreichen.

Daß wir für diese unmittelbaren Aufgaben und Ziele zum Wohle unseres Volkes am 1. Mai unser Gelöbnis ablegen können, verdanken wir der Befreiungsaktion vom 8. Mai 1945 und dem weiteren Wirken der siegreichen Sowjetmacht. Es waren die Organe dieser sozialistischen Besatzungsmacht, die nach dem völligen Zusammenbruch Deutschlands die schwierige Aufgabe anpackten, die zerrüttete Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und eine allmähliche Steigerung der Arbeitsproduktivität herbeizuführen. Unter den schweren Bedingungen jener Zeit wurde in diesem Teil Deutschlands zugleich eine neue Demokratie entwickelt. In dem von der Sowjetunion besetzten Teile Deutschlands wurden auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse die Kräfte des Faschismus und der Kriegstreiberei ausgemerzt und erstmalig die Voraussetzungen für eine wahre Demokratie in Deutschland geschaffen.

Durch das Potsdamer Abkommen wurde dem deutschen Volke die Möglichkeit eröffnet, ein wahrhaft demokratisches Staatswesen in Einheit und Freiheit, ohne kriegslüsterne Monopolkapitalisten, Junker und Militaristen aufzubauen. Mit der uneingeschränkten Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht ist es den antifaschistisch-demokratischen Kräften unseres Volkes nach Überwindung großer Schwierigkeiten gelungen, im Osten Deutschlands ein solches Staatswesen zu schaffen und die stolzen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge unserer Deutschen Demokratischen Republik zu erringen. Hier sind die Grundlagen für ein friedliebendes, demokratisches und einheitliches Deutschland gelegt, das, wie Stalin gesagt hat, in der Lage wäre, dem Blutvergießen in Europa ein für allemal ein Ende zu machen.

Aber nach 1945 haben die aggressiven, beutegierigen Kräfte in den USA und England, die schon während des Krieges versucht hatten, den antifaschistischen Befreiungskrieg in einen Raubkrieg für ihre eigene Tasche zu verwandeln, das Steuer der Politik der Westmächte an sich gerissen. Sie versuchen, die am 8. Mai 1945 restlos geschlagene und zertrümmerte deutsche Militärmaschine wieder aufzurichten und für ihre Aggression in Gang zu bringen. Die Dollarmilliardäre und die von ihnen gekauften Politiker und Generale haben damit das Erbe Hitlers angetreten. Sie unterstützen die brutalsten und aggressivsten Kräfte Westdeutschlands, die Herren des deutschen Monopolkapitals, in ihrer Raubgier. Diese Herren wurden von den westlichen Besatzungsbehörden im Auftrage der Wallstreet aus den Kriegsverbrechergefängnissen, in die sie gehören, herausgeholt und wieder in die für unser Volk so verhängnisvollen Machtpositionen eingesetzt. Und die westdeutschen Landesverräter vom Schlage eines Adenauer und Schumacher betreiben eine immer schamlosere Politik der Lüge und des Betruges gegenüber den Einheits- und Friedensbestrebungen des deutschen Volkes und eine immer lakaienhaftere Politik der Unterwerfung und des Verkaufs deutscher Bodenschätze und deutscher Menschen an die kriegslüsternden Dollarmilliardäre. Diesem Zweck dient auch die soeben durch den Schumanplan geschaffene Montanunion.

Als Außenminister aus eigenem „Recht“ hat Adenauer, gegen den offenkundigen Willen des gesamten deutschen Volkes, seine Unterschrift unter ein Dokument gesetzt, das das Herzstück der deutschen Wirtschaft, die Schwerindustrie an Rhein, Ruhr und Saar, dem deutschen Volke entreißt und der imperialistischen Wiederaufrüstung ausliefert. Schumanplan heißt Preisgabe der nationalen Interessen des deutschen Volkes zugunsten der amerikanischen Monopole. Schumanplan heißt Remilitarisierung Westdeutschlands — und das bedeutet Krieg. Deshalb erklärte der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, daß das deutsche Volk die Unterschrift Adenauers unter den Schumanplan niemals anerkennen wird.

Durch die Unterzeichnung des Schumanplans wird das Potsdamer Abkommen erneut gebrochen. Statt sie auf friedliche Gebrauchsgüterproduktion umzustellen, wird die Waffenschmiede zweier Weltkriege in verbrecherischer Weise wiederaufgerichtet und zum europäischen Rüstungszentrum der Imperialisten gemacht. Unter amerikanischem Kommando soll dieses Rüstungszentrum, vereint mit der gesamten Rüstungsindustrie Westeuropas, für den geplanten amerikanischen Krieg gegen die friedliebenden Völker mißbraucht werden.

Deshalb ist es ein Betrug an der Bevölkerung, wenn Adenauer behauptet, daß der Schumanplan einen höheren Lebensstandard bringe. In Wirklichkeit bringt er den Ruin, denn er bedeutet Kriegsvorbereitung. Seine Durchführung bedroht das deutsche Volk mit einer neuen, unübersehbaren nationalen Katastrophe.

Alle patriotischen friedliebenden Deutschen haben es daher von ganzem Herzen begrüßt, daß sich in Westdeutschland verantwortungsbewußte Deutsche zusammengefunden haben, um aufzurufen zur Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951. Und alle patriotischen friedliebenden Deutschen sind aufs tiefste empört über das von der Adenauer-Regierung ausgesprochene Verbot dieser Volksbefragung.

Offenbar sieht der Petersberg seine Kriegsvorbereitungen durch das lawinenhafte Anwachsen der Volksbewegung gegen die Remilitarisierung ernsthaft bedroht. Sprach doch die Westpresse selbst von der gewaltigsten Volksbewegung, die sich bisher Bonn entgegengestellt habe. Hatte doch der Renegat und ehemalige Gestapoagent Herbert Wehner als Vorsitzender des sog. Bundesausschusses für gesamtdeutsche Fragen seine Forderung nach dem Verbot der Volksbefragung damit begründet, das man sich sonst „in kurzer Zeit mit! Millionen Stimmen werde auseinandersetzen müssen“. Deshalb behauptet Jakob Kaiser von über 100 westdeutschen Juristen, die dargelegt haben, daß das Verbot der Volksbefragung verfassungswidrig sei, sie hätten sich „den Kommunisten zur Verfügung gestellt“. Deshalb wurden im Lande Rheinland-Pfalz die Unterzeichnungslisten für die Volksbefragung beschlagnahmt, obwohl in der Verfassung dieses Landes ein Volksentscheid vorgesehen ist und obwohl die Tatsache, daß die Listen in den ersten drei Tagen schon von 35 000 Deutschen unter-